

**Gedenkrede anlässlich des Galaabends „Der Triumph der individuellen Freiheit“
am 31. Oktober 2014 in Berlin.**

Nation, Demokratie und Republik - eine Fiktion, die den Mauerfall überdauert hat

Von Rahim Taghizadegan

Die meisten historischen Staatsgebilde beruhen auf Mythen. Ein Mythos ist in aller Regel eine historische oder anthropologische Tatsache, die in der Gestalt eines Märchens auftritt. Moderne Staaten hingegen beruhen auf Fiktionen. Dabei handelt es sich um Märchen, die in der Gestalt von historischen oder anthropologischen Tatsachen auftreten. Diese Fiktionen sind mehr oder weniger offensichtlich.

Ein Musterbeispiel für offensichtliche Fiktionalität war die DDR, wie schon der Name verrät: Sie war weder sonderlich deutsch, noch demokratisch, noch eine Republik. Der Mauerfall war das sichtbare Ende dieser Fiktion, doch offensichtlich als solche erkennbar war sie schon lange zuvor. Sowohl das Ende dieser Fiktion, als auch die gewaltsamen Begleiterscheinungen, von Mauerschützen bis Stasi, lassen sich durch eine ideengeschichtliche Reflexion etwas besser verstehen. Die landläufige Vorstellung, dass 1989 eine sowjetische Diktatur endlich zu einer wirklich deutschen, wirklich demokratischen wirklichen Republik wurde, greift jedenfalls zu kurz. Die drei Konzepte Nation, Demokratie und Republik, die das gemeinsame Programm dieses Staates bildeten, sind nämlich in der Realität unvereinbar und setzen notwendig Fiktionalität voraus.

Dass sich hier unvereinbare Konzepte gegenüberstehen, erkannten in besonderer Deutlichkeit die Gründerväter der USA. Der Prozess, bei dem sie die geistigen Grundlagen dieses Staates legten, war historisch einmalig. Die Philosophin Ayn Rand beschrieb diese Anomalie so: „Die Gründerväter waren weder passive, den Tod verehrende Mystiker, noch geistlose, Macht suchende Plünderer; als eine politische Gruppe waren sie ein in der Geschichte bisher einmaliges Phänomen: Sie waren Denker, die gleichzeitig auch Männer der Tat waren.“

Zwei Wege der Staatsführung wurden damals als Alternativen zur Regierung durch Gewaltdynastien angesehen, leider widersprachen und widersprechen sich diese Wege jedoch diametral: Demokratie oder Republik. Thomas Jefferson bevorzugte die Demokratie. Damit war der griechisch-germanische (oder wie Jefferson meinte alt-angelsächsische) Weg der Selbstherrschaft, Selbstbeherrschung und Selbstverteidigung gemeint. Im ursprünglichen Sinne bezeichnete dieses Konzept eine Milizverwaltung, bei der die grosse Mehrzahl der dazu Fähigen die Verteidigung und Verwaltung übernehmen. Das Problem hierbei ist die hohe Anforderung an

durchschnittliche Menschen, die nur durch Senken der Masstäbe und pädagogisches oder technologisches Heben der Massen getragen werden kann. Im antiken Vorbild beruhte die Demokratie auf zwei notwendigen Bedingungen: Erstens, die Beschränkung der Politik durch Kleinräumigkeit und Aufgabenreduktion, die Dilettantenverwaltung (so bezeichnete es Max Weber) ermöglichte. Zweitens, die militärische Innovation der Triere. Diese geruderten Rammschiffe erlaubten koordinierten Gruppen durchschnittlicher Männer auf See die Überlegenheit gegenüber professionellen Kriegern.

Demokratie in diesem Sinne ist Massendaristokratie: Sie benötigt eine zur Selbstverteidigung und Selbstverwaltung fähige Bürgerschaft. Sie verträgt sich allerdings schlecht mit nationaler Grösse. Die Grundlage der Demokratie war die *phyle*, die Sippongemeinschaft, nicht die Nation. Dilettantenverwaltungen scheitern an allzu komplexen Aufgaben und Grössenordnungen. Gleichzeitig entfacht die Demokratie aber einen gefährlichen Stolz. Sobald Athen als Kulturnation Vorrang suchte und einen Imperialismus entwickelte, ging die kurze Phase der Demokratie schlagartig zu Ende.

Der Stolz der jungen USA war allzu gross, um die Selbstbeschränkung einer Demokratie im Sinne Jeffersons, der einen selbstgenügsamen, nicht-interventionistischen Staat kleiner Bauern und Handwerker zum Ideal hatte, zu akzeptieren. Das römisch-britische Gegenmodell einer Republik wurde federführend von Alexander Hamilton vertreten. Dieser setzte beim damaligen Konsens an, dass eine Demokratie nur in kleinen und kleinsten Räumen funktionieren kann. Den USA wäre jedoch eine grössere Rolle bestimmt. Eine Dilettantenverwaltung durch Bauern und Handwerker könnte diese Bürde nicht tragen, es bräuchte Arbeitsteilung. Dass die durchschnittlichen Menschen nicht gerade zur Selbstbeherrschung fähig sind, dafür lieferte die Antike schon hinreichend Belege. Die Römer spotteten über die undisziplinierten Griechen und betonten daher in ihrem Staatsaufbau die *dignitas*, die aristokratische Würde, im Gegensatz zu *licentia*, der „Freiheit“ ohne Verantwortung, die von unbeherrschten Massenmenschen immer missbraucht würde.

Die Republik ist eine Elitenaristokratie. Die dafür am besten Geeigneten sollen die politischen und militärischen Aufgaben übernehmen. Diese Elite sollte die breite Masse repräsentieren, allerdings nicht als blosse Beauftragte, sondern als frei Erörternde und Entscheidende. Daher auch das System der „Wahlmänner“ in den USA: Diese sollten ursprünglich nicht bloss lebendige Stimmzettel der Parteien sein, sondern diejenigen, die zur Auswahl von Führern am fähigsten waren.

Das Problem der Republik ist die Auswahl der Elite. Die US-Gründerväter erkannten bald, dass Politik missbraucht werden kann – insbesondere von Interessengruppen, welche sie als *factions* bezeichneten. Das Ideal einer Elite, die nur das für alle Beste im Sinne hat, ist allzu naiv. Professionalität ist gut, ausser sie verfügt über sämtliche Gewaltmittel – denn dann zählt nicht mehr die Professionalität im Dienen, sondern die im Herrschen. Die Elitenaristokratie entartet daher allzu schnell in eine Kakokratie, wenn wir das lautmalerisch schöne Griechisch heranziehen wollen. F. A von Hayeks Erkenntnis, dass die Schlechtesten an die Spitze gelangen, ist vielleicht ein wenig übertrieben, weist aber auf das Problem. Eine Herrschaft der Schlechten (*kakoi*) ist es jedoch allemal; hier hätten wir auch die etymologische Bestätigung, warum Parteipolitik für die meisten „kacke“ ist.

Die Absonderung einer Elite, die nicht immer aus den Besten bestand, sondern meist aus ziemlich Schlechten, führte nach dem anfänglichen Siegeszug der Hamiltonschen Vision zu einer Rückkehr demokratischer Sehnsüchte in den USA. Doch

inzwischen war die Nation schon allzu gross und der Nationalismus weit gediehen. Der neue Demokratismus war nicht mehr im Sinne Jeffersons, sondern ein populistisch-nationalistischer Abbau der Republik. Andrew Jackson versuchte die nationale Verwaltung zu demokratisieren, indem er begann, Beamte je nach Parteifarbe völlig neu zu besetzen. Eine „job rotation“, der regelmässige Wechsel der Ämter, verankerte demokratischen Dilettantismus. Im grossen Rahmen einer Nation ist das natürlich verheerend.

Nachdem sowohl die griechische Demokratie als auch die römische Republik letztlich unvereinbar mit der Hybris moderner Ideologien der Grösse – allen voran der Nationalismus – waren, setzte sich eine Scheinalternative durch. In einer grossen Gesellschaft, wie F. A. von Hayek warnte, stimmen die Zwecke der Menschen nicht mehr überein – daher gibt es stets unterschiedliche Interessen. Die ursprünglichen Konzeptionen von Demokratie und Republik stossen in einer grossen Gesellschaft an ihre Grenzen: Die Demokratie begünstigt durch falschen Stolz eine Sippenmoral, die nur kleinen Gemeinschaften zuträglich ist, die Republik scheitert an den Interessengegensätzen. In republikanischen Parlamenten erörtern nicht die Weisesten freimütig die Fragen der Zeit, wie dies die naive Vorstellung war, sondern Parteieninteressen liefern eine Show ab. Im 20. Jahrhundert galt der Parlamentarismus, und damit der Republikanismus, als gescheitert und die Demokratie als unmöglich (da in einer grossen Nation nicht umsetzbar).

Vereinbar mit den Ismen der Moderne wurden Demokratie und Republik nur als Vorwand für die zwei Reaktionen auf diese Konzepte: Beschwörung von Sippenmoral und Ideal der Interessellosigkeit. Eine neue Fiktion wurde geschaffen, die durch das Zusammentreffen von Rousseau und deutschem Idealismus gefestigt wurde. Rousseau wusste als Demokrat zwar noch, dass Demokratie nur in kleinen und kleinsten Einheiten funktionieren kann. Doch er schuf die Fiktion einer *volonté générale* – eines „allgemeinen Willens“, der für das Gemeinwohl stünde. Ludwig von Mises warnte zurecht: „Die folgenschwerste Verkennung aber hat der Begriff der Demokratie dadurch erfahren, dass man sie, in Überspannung des naturrechtlichen Souveränitätsbegriffes, als schrankenlose Herrschaft der *volonté générale* aufgefasst hat. Die Allmacht des demokratischen Staates ist im Wesen durch nichts von der des unumschränkten Selbstherrschers verschieden.“

Hegel sollte später von einem „Volksgeist“ sprechen. Weder Hegel noch Rousseau für sich genommen bieten die hinreichende Basis für einen Totalitarismus unter der Fassade der Demokratie. Doch die für die Republik nötige Interessenlosigkeit und Idealisierung wird durch Kombination mit dem „Wir“-Gefühl der Demokratie und der Hybris eines nationalen Anspruchs zur Grundlage tyrannischer Fiktionen. Anstelle einer Elite entsteht ein Kader. Dies erkannte der ehemals sozialistische deutsche Soziologe Robert Michels, der unter dieser Einsicht zum Faschisten wurde (was ehrlicher ist als das Gesäusel vom „menschlichen Antlitz“): Er formulierte das „eherne Gesetz der Oligarchie“. Sobald die Aufgaben und der Aufwand organisierter Bemühungen die Fähigkeiten und Bereitschaft des Durchschnittsmenschen übersteigen, kommt es notwendig zur Konzentration von Aufgaben bei wenigen. Die Entscheidungen werden dann zunehmend von jenen getroffen, die mehr Zeit, mehr Sitzfleisch, einen stärkeren Magen oder eine stärkere Beharrlichkeit zeigen. Die Notwendigkeit der „Interessellosigkeit“ bestärkt diese Wenigen als Avantgarde: Die Pseudoelite des Kadern rationalisiert sich dann selbst als jene, die eben schon weiter dabei wären, jedes persönliche (Klassen-)Interesse abgelegt zu haben und nur noch der öffentlichen Sache (*res publica*) zu dienen.

Dass eine „Demokratie, die interessellos von der *res publica* Ergebenen geführt wird“ allerdings eine Fiktion ist, tritt am deutlichsten im Bereich der Wirtschaft zutage. Demokratie und Republik haben in den kurzen Phasen, in denen sie bestanden, die Wirtschaft weitgehend ausgespart. In der griechischen Demokratie endete die *polis* an der Grenze des *oikos*, der privaten Eigenwirtschaft; in der römischen Republik war die *res privata* ebenso heiliger Bezirk. Der Grund dafür ist, dass Wirtschaftsführung mit dem Dilettantismus der Demokratie und der Interessellosigkeit der Republik nicht vereinbar ist, insbesondere wenn Wohlstandswachstum und Kapitalwachstum gewollt sind. Kleine, vorwiegend agrarische Kommunen sind durchaus mit Wirtschaftsdilettantismus, also Kommunismus, vereinbar. Sozialismus jedoch, die nationale Wirtschaftsplanung durch den kadergeführten Staat, bedarf einer Fiktion. Je grösser die Ansprüche eines sozialistischen Staates, desto offensichtlicher wird diese Fiktion. Die DDR musste im Kalten Krieg beweisen, in Sachen Wohlstand und Technologie mit der BRD mithalten zu können. Dieses Getriebensein zu nationaler Grösse musste notwendigerweise die demokratischen Aspekte abwürgen – bzw. die Demokratie der DDR als Fiktion enttarnen.

Bei der Wirtschaftsplanung nimmt bei zunehmender Komplexität, das heisst Kapitalintensivität, die Fiktionalität demokratischer und republikanischer Wunschbilder zu. Je kapitalintensiver, desto weniger egalitär und erfassbar sind die Produktionsfaktoren und desto unmöglicher wird die Interessellosigkeit. Je mehr Kapital in einer Wirtschaft im Einsatz ist, desto unwichtiger wird dessen Quantität und desto wichtiger wird dessen Qualität. In einer kapitallosen Primitivwirtschaft machen die ersten liquiden Mittel noch einen grossen Unterschied. Mit steigendem Kapitaleinsatz jedoch erweist sich Kapital als eine filigrane Struktur, bei der es vielmehr um die richtigen Entscheidungen und Passstücke als um die eingesetzte Menge geht. Je mehr Kapital eingesetzt wird, desto weniger ist es materialistisch fassbar, desto mehr hat es eine geistige Dimension, die nicht beliebig zuteil- und verteilbar ist. Im Sozialismus führt das zu einer einseitigen Konzentration auf den scheinbar homogensten und fassbarsten Produktionsfaktor „Arbeit“. Dadurch artet die „Wirtschaftsdemokratie“ aber stets zu einer Moralisierung auf der Grundlage fiktiver Beziehungen aus. Die Plandiskussionen in der DDR erwiesen sich rasch als leere Beteuerungen und Anweisungen, mehr zu arbeiten. Diesen Planungsdruck, der für alle ausser die dümmsten Beteiligten offensichtlich fiktiven Charakter haben muss, beschrieb Ayn Rand sehr schön. Dies ist die Realität einer Überdehnung von Demokratie ins Wirtschaftliche und Übergross-Nationale: „Der Plan war, dass ein jeder in der Fabrik nach seinen Verhältnissen arbeiten und nach seinen Bedürfnissen bezahlt würde. [...] Wissen Sie, was dieser Plan bewirkte und was er den Leuten antat? Versuchen Sie einmal, in einen Kessel Wasser zu schütten, aus dem ein Rohr das Wasser schneller abfliessen lässt, als Sie es hineingiessen können, und mit jedem Kübel Wasser wird das Rohr weiter, und je härter Sie arbeiten, desto mehr verlangt man von Ihnen [...]. Es bedurfte einer einzigen Versammlung, um zu erkennen, dass wir zu Bettlern geworden waren – erbärmlichen, heulenden, winselnden Bettlern, jeder einzelne von uns, weil keiner seine Bezahlung als seinen rechtmässigen Verdienst ansehen konnte, weil keiner Rechte oder Einkommen hatte, nicht ihm gehörte seine Arbeit, sondern der „Familie“, und die „Familie“ schuldete ihm nichts dafür, und der einzige Anspruch, den er an sie stellen konnte, waren seine „Bedürfnisse.“ Diese Problematik trat in der DDR sehr bald auf, weshalb die SED in ihrem Programm von 1963 die alte sozialistische Formel abänderte auf: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung.“ Doch wie soll man Leistung ohne Wettbewerb und Preise, also ohne Interessen, beurteilen? Wieder ist man bei der stupiden Quantität von Arbeitsstunden, die nur zum Antrieb in einem sinnleeren Hamsterrad geeignet ist.

Die Überdehnung der Republik ins Wirtschaftliche und Übergross-Nationale wird ebenfalls bei steigendem Kapitaleinsatz deutlich. Unternehmerische Entscheidungen haben dann nämlich ein immer grösseres Gewicht. Dabei handelt es sich um Entscheidungen unter Bedingungen absoluter Ungewissheit. Solche Entscheidungen können nicht von Komitees getroffen werden, allerdings auch nicht von interesselosen Experten. Die nötige Art des unternehmerischen Wagens setzt ein starkes Interesse voraus, das oft einem Überoptimismus gleich kommt und manchmal nahe zum Wahnsinn verläuft. Eine Gemeinschaft von auf einen Volksgeist und Volkswillen hin Gleichgeschalteten kann zwar allerlei grandiose Organisationen bilden, aber kein unternehmerisches Wagnis mehr leisten.

Die DDR ging also nicht daran zugrunde, dass sie „undemokratisch“ gewesen wäre. Nation, Demokratie und Republik sind nicht vereinbar, ausser in der extremsten Beschränkung, die hinreichend Freiheit lässt, um weniger Fiktion zu bedürfen. Der Fehler des Sozialismus war, mehr Fiktionalität vorauszusetzen als er letztlich aufrechterhalten konnte. Darum wäre zunehmend mehr Propaganda und Gewalt nötig gewesen. Doch Propaganda und Gewalt sind kein Selbstzweck der Machthaber, sondern Mittel, die irgendwann zu kostspielig werden können. Mauerschützen und Stasi waren zynische Mittel, doch zugleich ein Zeichen der Offensichtlichkeit der zugrundeliegenden Illusion. Wenn wir das Ende der DDR mitsamt ihres offensichtlichen Gewaltapparates feiern, sollten wir dabei nicht vergessen, dass eine geringere Offensichtlichkeit von Gewalt nicht unbedingt ein Zeichen von Freiheit ist. Offene Gewalt ist auch dann weniger von Nöten, wenn Fiktionen nicht offensichtlich sind, weil sie sich schon allzu stark in den Hirnen der Menschen festgesetzt haben. Die Machthaber der DDR hätten auch lieber auf Gewalt und Mauer verzichtet. Doch dafür waren ihre Fiktionen nicht gut genug.

***Rahim Taghizadegan** ist Wirtschaftsphilosoph, Bestsellerautor und Leiter des Instituts für Wertewirtschaft (wertewirtschaft.org) in Wien.*